EU-Politiker Andr? Brie ?ber die Linke: "Meine Haltung missf?llt der Partei"

Ver?ffentlichungsdatum: 22-02-2009
Quelle: Portal Europa

Ein Interview von taz.de
Die Anti-EU-Front ist in der Linkspartei stдrker geworden, so der Europaabgeordnete Andrй Brie. Die Linkspartei-Spitze will ihn nicht mehr fьr das Europaparlament nominieren.
taz: Herr Brie, die Linkspartei hat Sie nicht mehr fьr das EU-Parlament nominiert. Was haben Sie falsch gemacht?

Andrй Brie: Ich kritisiere zwar vieles an der aktuellen EU-Politik - habe aber eine pronociert proeuropдische Haltung. Das missfдllt vielen offenbar.
Die EU betreibt eine Politik der Aufrьstung, sozialer Spaltung und Ausbeutung. Das steht im Wahlprogramm der Linkspartei. Ist es so?
Weitgehend ja. Aufrьstung betreibt nicht die EU, das tun die Nationalstaaten. Allerdings droht die EU ihren Charakter als zivile Macht zu verlieren. Und der Lissabon-Vertrag treibt die Orientierung auf mehr Markt und Privatisierung voran. Das befцrdert soziale Spaltung.
Das Wahlprogramm der Linkspartei lдsst kein gutes Haar an der EU ...
Ich finde schon, dass in dem Text nun ein klares Bekenntnis zu Europa steht.
Reden wir ьber das gleiche Programm?
Doch, es gibt durchaus verbale Bekenntnisse zu Europa. Die sind auch wichtig. Falsch scheint mir, dass vieles, was Nationalstaaten verantworten, der EU angeheftet wird. Damit drohen die groЯen Chancen der europдischen Einigung in den Hintergrund zu treten.
In dem Programm steht, dass "der Vorrang des EU-Rechts vor nationalen Grundrechten" gebrochen werden muss. Zeigt diese Passage nicht eine antieuropдische Schlagseite?
Nein, das ist ein komplexes Problem. Wir haben viele Souverдnitдtsrechte an die EU abgegeben - das finde ich richtig. Denn gerade die Finanzkrise zeigt, dass Nationalstaaten in der globalisierten Цkonomie nicht ausreichen, um die Rechte der Bьrger zu verteidigen. Andererseits mьssen die nationalstaatlichen Rechte der Bьrger das Primдre bleiben. Denn wir wollen keinen EU-Superstaat. Das muss man ausbalancieren - und die umfassende Demokratisierung der EU forcieren. In dieser Hinsicht ist der Lissabon-Vertrag positiv. Denn dort sind erstmals einklagbare Rechte der Bьrger gegenьber den EU-Institutionen fixiert.
Die Linkspartei klagt in Karlsruhe gegen den EU-Vertrag. Unterstьtzen Sie das?
Ja, denn im EU-Vertrag findet sich mehr Negatives als Positives.
Hat das einen nationalen Unterton?
Die europдische Linke muss die entschiedenste Kraft fьr die Einigung Europas sein. Nationale Untertцne darf sie sich nicht leisten.

Copyrights © 2003-2007 Europe.bg

Aber es gibt sie?
Ja, und das ist kurzsichtig. Eine Renationalisierung ist illusorisch und falsch.Wir haben eine дhnliche Lage wie im 19. Jahrhundert. Karl Marx hat selbst die deutsche Einigung von oben mit Blut und Eisen als Fortschritt gegenьber der Kleinstaaterei gesehen hat. Heute, angesichts globalisierter Mдrkte und internationaler Konzerne, kann die Linke doch gar nicht auf Europa verzichten. Gerade wenn sie soziale Ziele durchsetzen will.
Die EU-Ablehnungsfront ist seit der Fusion mit der WASG aber grцЯer geworden.
Ja, das stimmt.
Sind Sie deshalb nicht mehr nominiert worden?
Nein, da spielt ein profundes Desinteresse an dem, was wir im Europaparlament machen, eine grцЯere Rolle. Und viel Unkenntnis. Wir - die Fraktion - haben viel Konstruktives geleistet. Parlamentarier, auch linke Parlamentarier, kцnnen in StraЯburg viel auf den Weg bringen. Ich war Verhandlungsfьhrer des Parlaments ьber die Marktьberwachung - laut Verheugen die grцЯte Reform des EU-Binnenmarktes. Und ich habe vieles fьr mehr Verbraucherschutz durchgesetzt. Von solchen Einflussnahmen kцnnen Bundestagsabgeordnete nur trдumen.

Copyrights © 2003-2007 Europe.bg